Straßenausbaubeiträge großes Thema im Journal "Das Grundstück"

In der Ausgabe 11/12-2018 des VDGN-Journals "Das Grundstück" finden Sie folgende Beiträge zum Thema Straßenausbaubeitrag:

VDGN unterstützt Volksinitiative gegen Straßenausbaubeiträge in Brandenburg

Druck in allen Parlamenten: Neuigkeiten zum Kampf gegen Straßenausbaubeiträge in weiteren Bundesländern

Interview mit Joachim Dreilich von der Adendorfer Bürgerinitiative aus Niedersachsen

Zum Lesen der Beiträge bitte anklicken

Berichte | Analysen | Tipps

Wiederkehrende „Strabs" in der Pfalz müssen weg – ein Kommentar

Mohnsheimer Widerstand gegen Ausbaubeiträge geht weiter

Unsere Ziele:

Wir kämpfen für die Abschaffung der wiederkehrenden

NEIN zu

Werden sie Mitglied und helfen sie uns Druck auf die Landesregierung auszuüben!

TORSTEN ENK Immobilien

ivd

Ausgezeichnet mit der Qualitätsurkunde des VDGN – seit 1996 –

kompetent • zuverlässig • rechtssicher

Was Sie von uns erwarten können:

- realistische Marktbeurteilung
- vorgemerkte, bonitätsgeprüfte Käufer
- Unterstützung bei der Beschaffung von Wohnalternativen

An den Fuchsbergen 82 • 15549 Woltersdorf
Tel.: 03362/ 88 33 965 • Mobil: 0172 396 71 89
info@enk-immobilien.de
www.enk-immobilen.de

Wir vermitteln Wohnimmobilien aller Art in Berlin und Brandenburg.

Am 05.02.2025 konnten wir das lange geplante Teams Meeting mit Herrn Blaschke Verein Deutscher Grundstücksnutzer realisieren.

Wir freuen uns über so viel Unterstützung, viele Tipps und Tricks und neue Ideen zum erreichen unseres Ziels. Wir arbeiten nun die Vorschläge von Herrn Blaschke auf und unterrichten euch über die Maßnahmen, die wir umsetzen werden.

Mit Herrn Blaschke haben wir einen starken Verbündeten gewinnen können.

Den Bericht dazu gibt's hier im Newsletter

Rheinland-Pfalz: Verein zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen gegründet

7. Januar 2025

Die Rechtslage ist beschämend für Rheinland-Pfalz, das als einziges Bundesland seine Bürger zur Zahlung von Straßenausbaubeiträgen verpflichtet und sie dann noch seit 2024 mit den unsinnigen wiederkehrenden Beiträgen belegt.

Jetzt will der Verein "Nein zu Straßenausbaubeiträgen" Mitstreiter in ganz Rheinland-Pfalz zusammenführen. Das Ziel des Vereins ist es, die Landesregierung dazu zu bringen, die Ausbaubeiträge komplett abzuschaffen. Mehr dazu lesen Sie hier (bitte anklicken).

Warum werden die Straßenausbaubeiträge nicht komplett abgeschafft?

Das System der Straßenausbaubeiträge hat sich in Rheinland-Pfalz bewährt und findet die Unterstützung der rheinland-pfälzischen Kommunen. Eine komplette Abschaffung der Ausbaubeiträge ist weder gerecht noch zweckmäßig: Von der Erneuerung einer kommunalen Straße profitieren in erster Linie die Eigentümerinnen und Eigentümer, weil oftmals der Wert ihres Grundstücks steigt. Es ist daher nur gerecht, wenn die Eigentümerinnen und Eigentümer über wiederkehrende Beiträge an den Ausbaukosten beteiligt werden. Ohne Ausbaubeiträge müssten die Kosten von der Allgemeinheit, also von allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, gestemmt werden – auch von Mieterinnen und Mietern, die selbst nicht von der Wertsteigerung einer Immobilie profitieren. Hinzu kommt, dass in anderen Ländern, die sich von den Ausbaubeiträgen verabschiedet haben, in der Folge die Grundsteuer oder die Grunderwerbssteuer erhöht wurde. Weil Ausbaubeiträge anders als die Grundsteuer nicht als Mietnebenkosten weitergereicht werden können, bleiben Mieterinnen und Mieter in Rheinland-Pfalz geschützt.

Quelle: FAQ SPD Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

Zu viele Schulden: Haushalt der Stadt Worms nicht genehmigt

Die Aufsichtsbehörde kassiert den gesamten Haushaltsplan für 2025, denn Worms will aus der Sicht der ADD zu viele Schulden aufnehmen. Deswegen soll die Stadt di Steuern erhöhen und weniger Geld ausgeben.

Quelle: Merkurist

Was dann? Wurden die wkB jetz schuun abgeschafft oder warum is des uff ämol so deier?

Der Wormser Haushalt is jetz abgelehnt

Des is kää Überraschung, des ham die schunn geahnt

Mehr Schulde wurden im Bericht erwähnt

Des hot die Regierung dann aach angemahnt

Euer Haushalt, der muss ausgegliche sei

So will es des Gesetz heuer

Doch die soziale Pflichtaufgabe, die sinn halt zu teuer

Die Landesregierung dreht sich weg, des zahle mir net

Gegenfinanzierung is ä böses Wort, des lasse mir lieber glei fort

Liebe Wormser, dreht doch nochmal an de Steuerschraube,

do geht noch was, des könnt ihr eure Ambel glaube

von uns kriegt ihr kein Geld

dafür gibt’s doch die Grundbestizer in de Pälzer Welt

Un was hot des mit de wkB zu tun?

Wer denkt, des is so weil: die werd abgeschafft

Der hots noch immer net gerafft

Des Gerücht is einfach net totzukriege

Die Grundsteier steigt auch ohne die wkB Lüge

Die anerre Bundesländer dääden die Beidrääsch hinner de Steuererhöhung verstecke

Immer dieselb Ausred, die stimmt net ums verrecke

Unser Pälzer Ampel, die könnts zahle

Aber die will net

Bald sind Wahle

Dann kriegt ihr euer Fett

Fürn Haufe Regierungsdung

Gibt’s vom Bürger ä schääni Quittung.

Wiederkehrende „Strabs" in der Pfalz müssen weg – ein Kommentar

Mohnsheimer Widerstand gegen Ausbaubeiträge geht weiter

Wenn in Rheinland-Pfalz der Ausbau von Gemeindestraßen ansteht, trägt der Staat nur einen Teil der Kosten. Für den Rest werden die Anlieger zur Kasse gebeten. Seit 2020 sind die sogenannten wiederkehrenden Staßenausbaubeiträge in dem Bundesland gängige Praxis, so auch in Mohnsheim. Seit Juli 2024 wurden in der Gemeinde etwa 800 Bescheide über den Ausbau der Bahnhofsstraße zugestellt. Doch dagegen regt sich weiter Protest. Dreihundert Widersprüche liegen auf dem Tisch des Bürgermeisters.

Die Gemeinde lässt nun einzelne Einsprüche exemplarisch in einem Musterverfahren vor dem Verwaltungsgericht prüfen. Bis dahin werden die Pläne zur Erneuerung weiterer zwölf Straßen aufgeschoben (wir haben darüber berichtet).

Mit Sicherheit ist Mohnsheim kein Einzelfall bei dem verzweifelten Versuch, bürgernahe Kommunalpolitik unter den Vorgaben der Landesregierung zu gestalten. Neben seinen Belastungen mit Steuern und diversen anderen Abgaben, den Bürger zusätzlich noch als globalen Hauptfinanzier für den allgemeinen Straßenausbau des Ortes heranzuziehen, ist schon grotesk.

Mit diesem Flyer wirbt der Bürgerverein für Mitstreiter

Aber die Gemeinden in Rheinland-Pfalz werden dazu gezwungen. Dieses System der sogenannten, und auch hier erfundenen, wiederkehrenden Beiträge ist beispiellos. Vor Jahren von hier aus den anderen Bundesländern angepriesen, in einigen tatsächlich auch erprobt, aber allerorten grandios gescheitert.

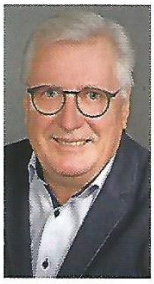
Das Unverständnis, der Zorn, der Widerstand im Ort und über die Gemeindegrenzen hinaus ist mehr als verständlich.Doch den Monsheimern ist klar, es geht zwar um ihr Geld, aber nicht nur um ihr persönliches Schicksal. Im ganzen Land brodelt es. Und was tut die Regierung des Landes, die als einzige bundesweit stoisch daran festhält, ihre Bürger weiterhin als größten Geldgeber für den Straßenausbau in den Gemeinden zu verpflichten? Ignorieren, solange eigene Wahlergebnisse nicht in Gefahr geraten.

Den Politikern ist mit Sicherheit schon lange klar, dass sie zumindest auf diesem Gebiet über einen breiten, offenen Abgrund laufen. Die Gefahr besteht nicht darin, dass sie keinen Boden mehr unter den Füßen haben, sondern nach unten schauen müssen – und es bemerken.

Die Monsheimer haben indes die Bürgerinitiative und den Verein „Nein zu Straßenausbaubeiträgen in RLP" gegründet. Ziel ist es, die Landesregierung dazu zu bringen, die Ausbaubeiträge komplett abzuschaffen. Für einen jährlichen Mitgliedsbeitrag von 10 Euro kann jeder Bürger, der sich dem Ziel der vollständigen Abschaffung der wiederkehrenden Straßenausbaubeiträge verpflichtet fühlt, Mitglied werden. ▌ Lothar Blaschke

Anzeige

TORSTEN ENK
ivd RDM VDM Immobilien
Ausgezeichnet mit der Qualitätsurkunde des VDGN
– seit 1996 –
kompetent • zuverlässig • rechtssicher



Was Sie von uns erwarten können:
✓ realistische Markteinschätzung
✓ vorgemerkte, bonitätsgeprüfte Käufer
✓ Unterstützung bei der Beschaffung von Wohnalternativen

An den Fuchsbergen 82 • 15569 Woltersdorf
Tel.: 03362/ 88 33 965 • Mobil: 0172 396 71 81
info@enk-immobilien.de
www.enk-immobilien.de

Wir vermitteln Wohnimmobilien aller Art in Berlin und Brandenburg.

Internal

Wie Eingangs bereits erwähnt, hatten wir am 05.02.2025 unser Teamsmeeting mit Herrn Blaschke. Die wird mit Sicherheit nicht das letzte Meeting dieser Art sein und wir freuen uns sehr mit Herrn Blaschke einen starken und erfahrenen Ratgeber an unserer Seite zu haben.

Worum ging es in diesem Meeting:

Zusammenfassung von Gerd

Liebe Mitstreiter, liebe Mitglieder

Nachdem die Bundestagswahl nun gelaufen ist, steht im nächsten Jahr die für uns alles entscheidende Landtagswahl auf dem Programm. Wenn wir unser Anliegen wirkungsvoll präsentieren wollen, müssen wir JETZT damit beginnen.

Unser Ziel ist es ein LANDESWEITES Aktionsbündnis ins Leben zu rufen. Dazu müssen wir Betroffene in ganz Rheinland-Pfalz erreichen und auf uns aufmerksam machen. Nur zusammen sind wir stark, aber dafür müssen wir einander erst mal finden. Und hier kommt ihr ins Spiel. WIR BRAUCHEN DRINGEND HELFER

Wir möchten gerne die bewährte Arbeitsweise von Herrn Blaschke aufgreifen. Unsere Helfer recherchieren im Internet, bevorzugt in Artikeln und Zeitungen, welche Kommunen und Ortschaften Rheinland-Pfalzweit aktuell von den wkB betroffen sind. Dann möchten wir gezielt Menschen in diesem Ortschaften ansprechen. Dazu müssen wir ein bissl „Klinkenputzen“, das bedeutet, wir suchen zB. den kleinen Handwerksbetrieb, eine Bäckerei oder ein Restaurant in diesem Ort, rufen an und stellen uns am Telefon kurz vor und fragen, ob sie uns Unterstützen würden, indem wir zB Flyer zusenden, die vor Ort ausgelegt werden.

Das ist eine Menge Arbeit und erfordert einiges Geschick. Dieses Vorgehen hat sich jedoch in Bayern bewährt, den auf diese Weise ist es Herrn Blaschke gelungen Bürgerinitiativen zu vereinen und eine starke Allianz aufzustellen, die letztlich für die Abschaffung der Beiträge gesorgt hatte. Schaffen wir das auch??

Warum auf diese Weise? Wir hatten überlegt in verschiedenen Zeitungen innerhalb Rheinland-Pfalz Anzeigen zu schalten, doch das wäre eine Verschwendung der Mitgliedsbeiträge. Anzeigen sind sündhaft teuer und wir halten eure Gelder lieber für eventuelle Klagen zurück. Das bedeutet im Umkehrschluss aber auch, dass wir es ohne eure Hilfe nicht schaffen werden uns breit aufzustellen.

Wenn ihr uns unterstützen möchtet, meldet euch bitte unter:

Nein_zu_wkb@yahoo.com oder unter gfostwald@web.de

Der Wohlstandsverlust durch Grundsteuer und Straßenausbaubeiträge betrifft vor allem Immobilieneigentümer und Mieter indirekt. Hier sind die wichtigsten Aspekte:

1. Grundsteuer

- Direkter Wohlstandsverlust: Immobilieneigentümer müssen die Grundsteuer regelmäßig zahlen, unabhängig davon, ob sie Mieteinnahmen haben oder nicht. Dies belastet ihr verfügbares Einkommen.
- Indirekte Belastung für Mieter: Da Vermieter die Grundsteuer oft auf Mieter umlegen (Betriebskostenabrechnung), steigen die Wohnkosten.
- Wertminderung von Immobilien: Höhere Grundsteuern können die Attraktivität einer Immobilie senken, da die laufenden Kosten steigen, was sich negativ auf die Marktpreise auswirken kann.

2. Straßenausbaubeiträge

- Hohe Einmalzahlungen: Hauseigentümer müssen sich oft mit hohen Summen am Ausbau oder an der Sanierung von Straßen beteiligen. Diese können mehrere tausend bis zehntausend Euro betragen.
- Unerwartete finanzielle Belastung: Da die Beiträge nicht regelmäßig, sondern plötzlich anfallen, können sie den finanziellen Spielraum erheblich einschränken.
- Wertminderung von Immobilien: Hohe Beitragsforderungen machen Immobilien unattraktiver für Käufer, da zukünftige Sanierungskosten schwer kalkulierbar sind.

Gesamtwirkung auf den Wohlstand

- Sinkende Kaufkraft: Geld, das für Steuern und Beiträge ausgegeben wird, fehlt für Konsum oder Investitionen.
- Belastung für Rentner & Geringverdiener: Besonders für ältere Menschen oder Haushalte mit niedrigem Einkommen kann eine hohe Einmalzahlung existenzbedrohend sein.
- Flucht aus teuren Regionen: In Gebieten mit hohen Straßenausbaubeiträgen oder Grundsteuern kann es zur Abwanderung von Eigentümern kommen, was langfristig zu Wertverlusten führt.

Lösungen & Alternativen

- Abschaffung der Straßenausbaubeiträge: Einige Bundesländer (z. B. Bayern) haben sie bereits abgeschafft.
- Grundsteuerreform: Die neue Grundsteuer-Berechnung ab 2025 könnte für viele Immobilienbesitzer höhere Belastungen bringen. Es wird sicherlich auch Bescheide geben die niedriger ausfallen. Das wird aber eher eine Seltenheit sein.

Ich kann mich aber noch an dieser Aussage der Politiker erinnern, dass die Neugestaltung neutral für die Steuerzahler sein soll. Soviel zum Vertrauen in unsere Politiker. Wann lernen die Politiker aller Parteien offen mit den Fakten umzugehen?

So wird nur das Vertrauen in die Politik zerstört. Klare Aussagen an die Wähler sorgen dafür das Vertrauen wiederhergestellt wird.

Die Bürger verstehen mehr als die Politik denkt.

Wir erwarten Klarheit und keine Ausflüchte.

Ganz nebenbei:

Erinnert ihr euch noch an die **Verschonungsregel** bei den Einmalbeiträgen? Sicherlich gibt es einige Grundstücksbesitzer, welche noch unter eine solche Regel fallen und noch nicht von den wiederkehrenden Beiträgen betroffen sind.

Uns erreichen auch immer wieder Anfragen von Beitragszahlern, welche wissen möchten, wie lange sie denn nun nach der Zahlung ihrer wiederkehrenden Beiträge verschont sind.

Leider müssen wir in aller Deutlichkeit sagen, dass es mit den wiederkehrenden Beiträgen KEINE Verschonung mehr gibt. Beiträge werden erhoben für:

die Erneuerung, Erweiterung, den Umbau oder der Verbesserung von öffentlichen Verkehrsanlagen (Straßen, Wege, Plätze).

Wenn ihr für die Sanierung einer Straße und/oder eines Gehweges, einer Straßenbeleuchtung oder eines Dorfplatzes in diesem Jahr gezahlt habt und in eurem Ort in den nächsten Jahren weitere Sanierungen geplant sind, dann zahlt ihr auch in den folgenden Jahren wieder euren Beitrag. **Mit den wiederkehrenden Beiträgen gibt es keine Verschonung mehr!!**

Wenn man bedenkt, dass manche Grundstücksbesitzer hierfür mehr als einen Monatslohn ausgeben müssen, oder sogar ihr Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld zusammen loswerden, wieder und wieder, dann ist das Argument wkB seien sozialer ein Schlag ins Gesicht dieser Familien. Gerade die kleinen Ortschaften mit wenig Einwohnern bekommen das zu spüren, während Stadtbewohner in großen Abrechnungsgebieten das entspannter sehen können. Diese Ungleichbehandlung ist weder gerecht noch sozial, deshalb müssen Ausbaubeiträge komplett abgeschafft werden, so wie es in etlichen Bundesländern bereits der Fall ist.